

um eine Politik hin zu der Fixierung eines vorläufigen Kräfteverhältnisses und schließlich zu dessen materieller Verdichtung in Institutionen, Gesetzen und Staatsapparaten» (Kannankulam & Georgi 2012, 40)

nachzuzeichnen. Eine solche Rekonstruktion liefert somit eine fundierte Erklärung dafür, wie sich die Transformationen und der Ausbau der EU-Staatlichkeit als Ausdruck dieser materiellen Verdichtungsprozesse einordnen lassen.

3.3 Verdichtungsanalyse

Wie bereits einleitend dargestellt, bedarf es für eine historisch-materialistische Politikanalyse, die sich als Staatlichkeitsanalyse begreift, anschließend an die drei klassischen HMPA-Schritte eines weiteren Analyseschrittes, der die materiellen Verdichtungen in den Apparaten abschließend noch einmal eingehender beleuchtet (vgl. Kannankulam & Georgi 2012, 37). Der hier gesetzte Fokus liegt auf der theoretisch hergeleiteten Notwendigkeit zur Herstellung der Einheit der Staatlichkeit. In der hier vorgeschlagenen Variante einer *Verdichtungsanalyse* wird dabei beabsichtigt, die gewonnenen Erkenntnisse der vorausgegangenen Prozessanalyse – also den Verdichtungsprozessen gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse in der konkreten Auseinandersetzung über die Euro-Krisenbewältigungspolitik und der in ihr angelegten Staatlichkeitstransformationen – mit den Ergebnissen der rekonstruktiven Konstitutionalisierungsanalyse zu kontrastieren. Es drängt sich dabei die Frage auf, inwiefern im Sinne vollkommener Staatlichkeit und der Überlegungen zu den Krisentheorien die extrahierten EU-Staatlichkeitsveränderungen in Zeiten der Euro-Krise einem expliziten Narrativ oder einem verbindenden Staatlichkeitstelos folgen. Oder in den theoretisch hergeleiteten Termini dieser Arbeit ausgedrückt: Inwiefern sich die Staatlichkeitstransformationen an einem Staatsprojekt orientieren, das sich entsprechend durch die Politik zur Krisenbewältigung in der krisentransformierten EU-Staatlichkeit verdichten konnte.

Im Anschluss an die theoretischen Einführungen zum Staatsprojekt (Kap. 2.4) und den im Rahmen der HMPA-Operationalisierung dargestellten Ausführungen zur Untersuchung von Hegemonieverhältnissen lässt sich annehmen, dass das Staatsprojekt in gewisser Weise von dem Hegemonieprojekt initiiert wird, welches durch die erfolgreiche Implementierung politischer Projekte zu einem hegemonialen Projekt werden konnte, dass es gar eine notwendige Voraussetzung eines Hegemonieprojekts ist, über eine Akkumulationsstrategie und eine »konkrete Strategie zur Anordnung der politischen Institutionen« zu verfügen, um überhaupt hegemonial werden zu können (Buckel et al. 2014, 45). Somit wird bereits durch den Kampf um politische Projekte der Boden für ein Staatsprojekt bereitet. Die Auseinandersetzung um die Politik zur Bewältigung der Euro-Krise kann dementsprechend als ein Teil der sozialen Praxis zur Implementierung von Staatlichkeitsvorstellungen und der damit verbundenen Zielbestimmung von Staatlichkeit gelten (vgl. Wissel 2019, 45). Letztlich wird »ein hegemoniales Staatsprojekt [...] in der Regel von einem hegemonialen Projekt dominiert, gleichwohl schreibt sich [aber zugleich; J.G.] eine Vielzahl gesellschaftlicher Kräfte in das Staatsprojekt ein.« (Wissel 2015, 28) Die Verallgemeinerung und Konsensualisierung des Staatlichkeitstelos

ist entsprechend eine wichtige Grundlage für die Herausbildung eines hegemonialen Staatsprojekts, dessen Effekt es sei, »die Einheit des Staates zu gewährleisten, obwohl dieser ein heterogenes Ensemble von konkurrierenden Staatsapparaten ist, in welche sich die unterschiedlichen Kräfte einschreiben« (Buckel 2011, 640).

3.4 Analytisches Vorgehen und Darstellungsform

Die soeben vorgestellte Struktur der historisch-materialistischen Staatlichkeitsanalyse wirkt auf den ersten Blick sehr kleinteilig und bisweilen sogar redundant. Beide Eindrücke sind durchaus berechtigt, auch wenn die kleinteilige – idealtypische – Darstellungsweise lediglich dazu dienen sollte, transparent zu machen, welche Schlüsselaspekte es in einer historisch-materialistischen Analyse von Staatlichkeit zu berücksichtigen gilt. In der Forschungspraxis sind hingegen die einzelnen Teilanalysen fließend miteinander verbunden (dies gilt im Besonderen für die rekonstruktive Konstitutionalisierungs- und die erweiterte Kontextanalyse), wodurch nicht zuletzt an einigen Stellen der Eindruck von Redundanz entsteht. Im Sinne der Leser*innen soll unter anderem auch deshalb Abstand davon genommen werden, bei der Ergebnisdarstellung der Analysestruktur zu streng zu folgen. So folgt die Darstellung der Ergebnisse nicht in jedem Fall der analytischen Abfolge der einzelnen Teilanalysen.

Begonnen wird im Anschluss an das Methodenkapitel mit der Darstellung des historischen Kontextes in Form der politischen Projekte auf dem Weg zur EWWU, ihrer ›vertraglichen Grundlage‹ und der sich in dieser materialisierenden ›EU-Wirtschaftsverfassung‹, bevor schließlich die verdichtete Akkumulationsstrategie und das hegemoniale EU-Staatsprojektes vor der Euro-Krise dargestellt werden (Kapitel 4). Hieran anschließend wird der ökonomische Kontext der Euro-Krise näher beschrieben und in das Krisenverständnis dieser Arbeit eingeordnet (Kapitel 5). Letztlich wird vor dem Hintergrund dieser beiden den Kontext beschreibenden Kapiteln ein erster Blick auf die sich in der Krise wandelnden Kräfteverhältnisse geworfen (Kapitel 6), um die sich hieran anschließenden Krisenbewältigungsmaßnahmen einordnen zu können. Die empirischen Erkenntnisse – insbesondere aus der rekonstruktiven Konstitutionalisierungsanalyse – werden anhand einer chronologischen Phaseneinteilung präsentiert (Kapitel 7, 8 & 9), die selbst schon ein Ergebnis der Analyse darstellt. Der Einstieg bildet hierbei die Hochphase der Euro-Krise (Kapitel 7), die im Jahr 2010 einsetzte und bis etwa zur Jahresmitte 2013 reichte und in der letztlich drei Konstitutionalisierungsprozesse eines reaktiven EU-Staatlichkeitsausbaus identifiziert werden konnten. Diese *Phase des reaktiven Staatlichkeitsausbaus* nimmt in den nachfolgenden Ausführungen den größten Raum ein, da sie wie eingangs beschrieben den Ausgangspunkt für die Fragestellung und das Erkenntnisinteresse dieser Arbeit markiert. An die Phase des reaktiven schloss sich ab Mitte des Jahres 2013 eine *Phase des inkrementellen Staatlichkeitsausbaus* an, die bis etwa zum Jahre 2015 reichte (Kapitel 8) und von einer Phase der Diskussion um einen weiteren ambitionierten, letztlich aber *stagnierenden Staatlichkeitsausbau* abgelöst wurde (Kapitel 9). Dabei gilt es, zu beachten, dass die Übergänge zwischen den Phasen nicht immer von klar abgrenzbaren Ereignissen gekennzeichnet werden können, die für einen abrupten Wechsel